

CHINA

Heiliger Krieg am Karakorum?

Auch Pekings Führung fürchtet den wachsenden Einfluss islamischer Fundamentalisten.

Als Pranger dient der „Große Vorsitzende“. Zu Füßen des in Granit erstarrten Mao Tse-tung, der unter einer Ballonmütze mit frisch gestrichenem roten Stern auf das Stadtzentrum von Kashgar blickt, werden die Verurteilten öffentlich zur Schau gestellt.

Nahe der Kreuzung von Volksstraße West und Volksstraße Ost, wo allmorgendlich zu Marschmusik die blauweiß uniformierten Verkäuferinnen vom „Zentrum für Industriewaren“ zur Gymnastik antreten, warten Dutzende Verurteilte auf der Ladefläche von Lastwagen. Schilder um den Hals bezichtigen die Muslime ihrer angeblichen Verbrechen.

Die grimmige Parade in der Handelsmetropole von Chinas Westregion Xinjiang soll der Abschreckung dienen. Und nachdem Parteikader vor Hunderten von ordentlich aufgereihten Genossen ihre Propagandafloskeln abgespult haben, werden die Gefangenen in Handschellen abtransportiert. Von den Männern, die sich unter anderem wegen des Vorwurfs der „Störung der öffentlichen Ordnung“ verantworten müssen, stehen zwei noch am selben Nachmittag vor dem Henker. Sie sterben durch einen Schuss in den Hinterkopf.

Richtet sich die drakonische Demonstration der Zentralregierung gegen „kriminelle Elemente“ oder gegen islamistische Fundamentalisten? Sicher ist: Die Obrigkeit zeigt Härte. Seit dem US-Aufmarsch rund um Afghanistan ist Peking entschlossen, die Zügel anzuziehen, Militär und Sicherheitskräfte rüsten für eine mögliche Konfrontation. Militärkonvois sind auf dem Karakorum-Highway unterwegs, um die Truppen entlang der Gebirgsgrenze nach Pakistan und Afghanistan zu verstärken.



Islamische Gelehrte in Ürümqi: Gespanntes Verhältnis

Zugleich sind in Kashgar Eliteeinheiten von Armee und Bewaffneter Volkspolizei eingerrückt.

Gespannt ist das Verhältnis zwischen Chinesen und dem Acht-Millionen-Turkvolk der Uiguren am Fuße des Pamir und am Rande der Taklamakan-Wüste schon seit der Staatsgründung 1949. Neben Tibet ist die Autonome Region Xinjiang („Neue Grenze“) Pekings größte Sorgenregion.

Das rohstoffreiche Gebiet, von den Chinesen seit Jahrhunderten immer wieder besetzt, um das Kernland vor ausländischen Invasoren zu schützen, grenzt an acht Länder. Und es ist bewohnt von muslimischen Minderheiten, die sich häufig gegen die Vorherrschaft Pekings auflehnten.

Sie rebellieren heute noch: Die uigurischen Nationalisten besitzen zwar keinen mit dem Dalai Lama vergleichbaren charismatischen Führer, eine landesweite Organisation scheint nicht zu existieren. Doch vor allem junge Leute gründen „Hisbollah“-Gruppen, werfen Bomben, greifen Polizeiposten an und nehmen Geiseln. Ihr Ziel: ein unabhängiges „Ostturkestan“. Sie haben es mit einem übermächtigen

Gegner zu tun. In Xinjiang ist das Militär nicht nur die allgegenwärtige Ordnungsmacht, sondern als Verwalter der Staatsgüter zugleich der wichtigste Wirtschaftspartner. Erst im August demonstrierte die Armee mit einem Manöver, an dem 50 000 Mann teilnahmen, und einer Parade in Kashgar, wer Herr im Hause ist.

Doch trotz solcher symbolischer Machtgebärden sind Pekings lokale Vertreter verunsichert. „Ethnische Separatisten“ seien die „größte Bedrohung für Stabilität und öffentliche Ordnung“, gestand Regionsoberhaupt Ablait Abdurexiti ein. Ihre Aktivitäten „beeinflussen ernsthaft das normale Leben der Kader und Massen“. Regelmäßig richten die Behörden Muslime „wegen versuchter Spaltung des Landes“ hin; im letzten Jahr waren es 19 Todesurteile.

Der „anti-separatistische Kampf“, kündigte der Polizeichef von Ürümqi, Du Jianxi, an, werde auch in Zukunft „bitter“ sein. Was die Pekinger Zentrale besonders beunruhigt: Einige der uigurischen Nationalisten pflegen mittlerweile Kontakte zu „ausländischen ethnischen Anführern“, wie der chinesische Lokalsender im Juni berichtete. Und muslimische Freiwillige aus Xinjiang kämpfen auf Seiten der afghanischen Taliban und haben Kontakt zu Anhängern von Osama Bin Laden.

China fand die Entwicklung so beunruhigend, dass es mit Russland und den zentralasiatischen Nachbarstaaten Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisien und Usbekistan einen Kooperationsbund gründete, um die Bedrohung durch Fundamentalisten abzuwehren. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, Separatisten auszuliefern und ein „Anti-Terror-Zentrum“ zu gründen.

Nach den Terroranschlägen in New York und Washington ist die Lage für Peking noch heikler geworden: Zum einen schlägt der ungeliebte Weltpolizist USA mit seinen Truppen nur wenige hundert Kilometer von Chinas Grenze entfernt seine Lager auf, womöglich für längere Zeit.

Zum anderen, so fürchten die Funktionäre, könnten die einheimischen Fundamentalisten, ermutigt durch die Terroranschläge, versuchen, den „Heiligen Krieg“ nach China zu tragen.

Der Boden scheint fruchtbar – die afghanischen Gotteskrieger genießen mehr Sympathien als die Amerikaner. „Die USA wollen immer Weltpolizist spielen“, sagt ein Kaufmann in Ürümqi, „aber die Taliban sind Muslime, und wir sind Muslime.“

ANDREAS LORENZ, STEFAN SIMONS